

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 29 / 45. Jahrg.

22. Juli 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weitpostvereins 1.—RM.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion

Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort: **Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

ARBEITER UND ARBEITERINNEN DEUTSCHLANDS!



Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert, Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen euch eine hemmungslose Lügenhetze zu entfalten, nur weil ihr Sozialisten, nur weil ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrückten, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern aushietet.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frick, Kube, Goebbels und Konsorten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineintrugen. Die jetzige Regierung gilt als Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihre alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die karge Rente gekürzt. Die SA. marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrillt werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht mit diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt euch zusammen in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an euren festgefügtten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung eurer Kräfte. Fort mit den Nörglern und Kleingläubigen!

AKTIVITÄT! Jeder einzelne sei ein Kämpfer!

DISZIPLINE! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!

EINIGKEIT! Eiserner Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldknechte des Kapitals!

EUREM DER SIEG! FREIHEIT! WÄHLT LISTE 1

DER VORSTAND DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Für gerechte Lastenverteilung

Von Erich Rinner.

Die erste Notverordnung der Regierung der Nazibarone stellt einen Rekord an sozialer Ungerechtigkeit dar. Sie läßt alle Lasten den breiten Massen auf und verteilt an die Besitzenden Geschenke. Den werktätigen Schichten bringt sie eine Milliarde Sozialabbau und $\frac{3}{4}$ Milliarden neue Steuern, den Besitzenden aber 100 Millionen Steuererlaß. So sieht also „die Anpassung an die Armut der Nation“ aus, die die Junkerregierung in ihrer Regierungserklärung angekündigt hat. Diese Anpassung an die Armut gilt nur für die Arbeitslosen und Sozialrentner, für die Kriegsbeschädigten und für die Wohlfahrtsempfänger, nicht aber für die hohen Gehälter und Pensionen, für die Kapitalisten und Großagrarien.

Die Junkerregierung hat nicht den Mut, die Verantwortung für ihre erste Notverordnung selbst zu übernehmen. Die Nazis machen verzweifelte Anstrengungen, die Mitschuld an der Notverordnung dieser Regierung abzuleugnen, der sie selbst in den Sattel geholfen haben. Deshalb versuchen Nazis und Junkerregierung gemeinsam, die Schuld an den ungeheuren Belastungen von sich abzuwälzen und einer angeblich sozialistischen Finanzmißwirtschaft in den letzten Jahren in die Schuhe zu schieben. Wie steht es in Wirklichkeit mit dieser marxistischen Mißwirtschaft?

In den letzten 13 Jahren war der Posten des Reichsfinanzministers nur $\frac{1}{4}$ Jahre lang durch einen Sozialdemokraten besetzt. Als er sein Amt antrat, hatten seine bürgerlichen Vorgänger alle Überschüsse verwirktelt und ihm ein riesiges Defizit hinterlassen. Als dann die Wirtschaftskrise hereinbrach, mußte sie zwangsläufig zu immer neuen Fehlbeträgen in den öffentlichen Haushalten führen.

Der entscheidende Fehler aber in der Finanzpolitik der letzten Jahre war die unsoziale und ungerechte Lastenverteilung. Alle Opfer wurden den breiten Massen auferlegt; die Erleichterungen aber kamen fast ausschließlich den Besitzenden zugute. Die Massensteuern wurden immer aufs neue erhöht: Tabaksteuer und Biersteuer wurden mehrmals verschärft, Umsatzsteuer, Getränkesteuer und Zuckersteuer wurden wesentlich heraufgesetzt, Bürgersteuer, Krisensteuer und Konsumvereinssteuer wurden neu eingeführt. Und zu all diesen schweren Belastungen hat die Regierung der Nazibarone jetzt noch die Arbeitslosenabgabe und die Salzsteuer hinzugefügt. Die Besitzsteuern aber wurden dauernd gesenkt: Die Rentenbankbelastung der Landwirtschaft wurde völlig aufgehoben, die Sondervermögenssteuer der Großindustrieunternehmungen (Industriebelastung) wurde auf ein Drittel abgebaut, die Realsteuern, die Hauszinssteuer, die Kapitalverkehrssteuern wurden ermäßigt, die Kapitalertragsteuer zum größten Teil außer Kraft gesetzt, die Freigrenze bei der Vermögenssteuer wurde erhöht. — In dieser Steuerscheu des Besitzes und nicht in einer angeblich marxistischen Mißwirtschaft liegt die Hauptursache dafür, daß die Sanierung der öffentlichen Finanzen immer noch nicht gelungen ist. Das Besitzbürgertum hat durch eine jahrelange zielbewußte Politik der Lastenabbildung alles darauf angelegt, die finanzielle Grundlage des Staates zu untergraben. Jetzt, nachdem ihm das gelungen ist, hat dasselbe Besitzbürgertum die Stirn, die Verantwortung für die Folgen seiner Politik einer „sozialistischen Finanzpolitik“ zuzuschreiben, die es nie gegeben hat.

Die Regierung der Nazibarone hat mit ihrer neuen Notverordnung bewiesen, daß sie die Besitzenden noch mehr schonen und begünstigen, die breiten Massen aber noch mehr belasten und überbürden will. Diese Finanzpolitik muß zum Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen führen. Ein solcher Zusammenbruch mit seinen verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen kann nur vermieden werden, wenn an die Stelle der unsozialen und ungerechten Lastenverteilung, wie sie die Nazibarone durchgeführt haben, eine soziale und gerechte Lastenverteilung tritt. Gewiß können nicht alle Milliardenlasten allein den Besitzenden auferlegt werden. Aber es muß Schluß gemacht werden mit dem bisherigen System, die Massensteuern zu erhöhen und die Besitzsteuern zu senken. Nach all den Abbaumaßnahmen, nach all den Massensteuerverhöhungen der letzten Jahre müssen endlich die Besitzenden zu fühlbaren Opfern herangezogen werden.

Anstatt auch die kleinsten Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die neue Ar-

beitslosenabgabe rücksichtslos zu belasten, müssen endlich auch die Besitzenden durch einen kräftigen Zuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf die hohen Einkommen erfaßt werden. Die Furcht vor der Kapitalflucht und die Sorge um die Kapitalbildung, die bisher einer Erhöhung der Einkommensteuer entgegenstanden, sind jetzt hinfällig geworden. Die Kapitalflucht ist auf Grund sozialdemokratischer Vorschläge durch die neue Devisenzwangswirtschaft fast unmöglich gemacht und die Kapitalbildung ist aus anderen Gründen nahezu lahmgelegt. Selbst in den hochkapitalistischen Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt die Sätze der Einkommensteuer bis auf 55 Proz. erhöht worden, während sie bei uns nur bis zu 40 Proz. gehen.

Anstatt die Lebenshaltung der Erwerblosen und der Sozialrentner durch den Sozialabbau auf der ganzen Linie bis weit unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen endlich die großen Vermögen durch eine scharfe Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer getroffen werden. Unsere Vermögenssteuer beträgt nur $\frac{1}{2}$ Prozent und auch unsere Erbschaftsteuer ist wesentlich milder als z. B. die englische Erbschaftsteuer. Ein Vorstoß Hilferdings als Reichsfinanzminister im Jahre 1929 zur Verschärfung der Erbschaftsteuer ist jedoch an der Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien gescheitert.



Anstatt den lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch Salzsteuer und Schlachtsteuer aufs schwerste zu belasten, muß endlich der Luxusverbrauch der wohlhabenden Schichten einer umfassenden Besteuerung unterworfen werden. Sogar in Amerika hat man sich jetzt entschlossen, hohe Luxussteuern auf fast alle Luxusartikel einzuführen. Es ist allerhöchste Zeit, daß das auch in Deutschland geschieht.

Das sind die finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, um die bei der Reichstagswahl gekämpft wird. Das ist der Weg, auf dem die Sanierung der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden kann, ohne die Kaufkraft der breiten Massen weiter zu schwächen und die Wirtschaftsschrumpfung dadurch noch mehr zu verschlimmern. Für sozial gerechte Lastenverteilung, das ist die finanzpolitische Parole der Sozialdemokratie.

Wer will, daß diese Parole zum Siege geführt wird, wer will, daß Schluß gemacht wird mit dem brutalen Sozialabbau, mit den rücksichtslosen Massensteuerverhöhungen und mit den freigebigen Steuergeschenken und Subventionen an die Großkapitalisten, wer will, daß endlich auch die Besitzenden Opfer bringen müssen, der muß in diesem Reichstagswahlkampf alle Kräfte daran setzen, daß der Junkerregierung und ihren nationalsozialistischen Bundesgenossen am 31. Juli die Quittung für ihre Politik der Volksbedrückung und der Besitzbegünstigung erteilt wird.

Ein ernstes Mahnwort vor den Reichstagswahlen an alle Schicksalsgenossen

Von Bruno Dornblut (Engelsdorf b. Leipzig).

Wie jeder Schicksalsgenosse und jede -genossin weiß, finden am 31. Juli d. J. die Wahlen zum neuen Reichstag statt. Für das ganze Deutsche Reich wird der Tag von ausschlaggebender Bedeutung sein. Überall hat der Wahlkampf begonnen. Und bei der Überfülle der deutschen Parteien ist es kein Wunder, daß sich jetzt schon eine Flut von Versammlungen über das Land ergießt. — Um die deutsche Republik wird der Wahlkampf geführt, wir, alle Gehörlosen und Ertaubten sollen und müssen Republikaner und Republikanerinnen sein, nicht Anhänger der Monarchie. Monarchie heißt Reaktion oder Überhebung der Allein- oder Selbstherrscher über die Beherrschten. Wer sind denn die Beherrschten? Das sind wir, die deutsche Arbeiterschaft. — Nun wird es Zeit, daß wir Gehörlosen und Ertaubten uns entschließen, welche Partei wir bei der Wahl unterstützen wollen. Daß wir uns als Arbeiter und Arbeiterinnen zur Arbeiterklasse bekennen und für sie eintreten, nur der Partei, die die Interessen der deutschen Arbeiterschaft vertritt, unsere Stimmen geben können und wollen, steht ohne weiteres fest. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, ist die Wahl für viele Schicksalsgenossen und -genossinnen und ganz besonders für die, welche politisch nicht geschult sind, nicht so einfach. Wir Gehörlosen und Ertaubten dürfen nicht zurückstehen und müssen Sorge tragen und alle Kräfte zusammenfassen, daß soviel Arbeitervertreter als irgendmöglich in den neuen Reichstag kommen. Wir denken dabei an unsere Zukunft, an unsere kommende Generation. Überall müssen die Lauen und Trägen aufgerüttelt werden. Überall, in Stadt und Land, überall wo sich Gehörlose und Ertaubte befinden, muß die Parole weitergegeben werden, nur Arbeitervertreter in den deutschen Reichstag zu wählen.

Es kommt da recht oft nur auf eine einzige Stimme an. Viele Schicksalsgenossen und -genossinnen sind leider meist gleichgültig und sagen, es sei ihnen einfach Wurst, wer da gewählt und welche Partei da an das Ruder kommen wird. Das dürfen wir nicht sagen, denn es geht um die Entscheidung, Demokratie oder Faschismus, Selbstbestimmungsrecht der breiten Massen oder Unterdrückung der Masse durch den Faschismus. Wir müssen unsere Stimmen Sozialisten geben, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie ist die richtige und einzige Partei, die sich für uns Gehörlose und Ertaubte einsetzt. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere besonderen Ziele immer und stets im Auge behalten müssen, und auch, daß wir zur Erreichung derselben die Hilfe der Abgeordneten unbedingt nötig haben. Die noch weiter links stehenden Parteien haben für uns keine Bedeutung, von diesen ist auch keine Hilfe in unseren Angelegenheiten zu erwarten. Es ist von mir auch nicht zu viel verlangt, wenn ich schon jetzt unseren Schicksalsgenossen und -genossinnen dringend an das Herz lege, die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu wählen. Kein Schicksalsgenosse oder -genossin aber darf einem bürgerlichen Kandidaten seine Stimme geben. Denn das ist nicht nur Verrat an den gehörlosen und ertaubten Brüdern und Schwestern, sondern auch Verrat an der deutschen Arbeiterschaft! Wer rechtsstehende Parteien unterstützt, der schneidet sich ins eigene Fleisch und untergräbt das Fundament, auf dem die deutsche Arbeiterschaft, auch die gehörlose und ertaubte, mit vielen blutigen Opfern die deutsche Republik aufgebaut hat; der fördert den Kapitalismus, den Militarismus und den Faschismus und bereitet einer neuen Monarchie den Boden. Das darf nicht sein! Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern, falls wir nicht alle unsere Rechte preisgeben wollen. Niemand darf aus Bequemlichkeit oder Faulheit der Wahl fernbleiben. Es handelt sich diesmal um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse, der Demokratie und der Republik.

Darum wählt nur links — nur rot — nur SPD.
Liste I!

DU MUSST es den Kollegen sagen:
Parole: **Freiheitspfeile tragen!**

ERKENNE DEINE MACHT!

Das wahre Gesicht

Die neuen Steuern, die das Kabinett der Schlöt- und Krautbarone verordnet hat, sind ein Hoß auf die Forderung nach sozialgerechter Lastenverteilung. Ihr Grundsatz ist:

Den Massen viele hundert Millionen an neuen Lasten, den Besitzenden 100 Millionen Steuerermäßigungen.

Die neue Arbeitslosenabgabe ist nur von den Massen der Lohn- und Gehälteempfänger zu zahlen. Bei der von Brüning geplanten Beschäftigtensteuer sollten Einkommen bis 300 Mk. monatlich freibleiben. Jetzt müssen die kleinsten Einkommen genau so 1 1/2 Proz. entrichten wie die größten. Denn es gibt weder eine Freigrenze, noch eine Staffelform des Steuersatzes nach der Höhe des Einkommens. Alle Selbständigen bleiben von jeder Mehrbelastung verschont.

Der Industrielle bleibt steuerfrei, aber sein Chausseur muß zahlen;

Der Arzt und der Anwalt sind befreit, ihre Angestellten und ihre Dienstboten werden herangezogen;

Bäcker- und Fleischermeister brauchen nicht zu zahlen, dafür aber ihre Gehilfen.

Die Arbeitslosenabgabe ist nichts anderes als eine einseitige Erhöhung der Krisensteuer für Beschäftigte. So entstehen folgende ungeheuerliche Ungerechtigkeiten:

1 1/2 Proz. haben zu zahlen ein Arbeitnehmer schon bei 500 Mk. Jahreseinkommen, also bei 40 Mk. Monatsverdienst; ein Arbeitgeber aber erst bei 20 000 Mk. Einkommen.

2 1/2 Proz. haben zu zahlen ein Arbeitnehmer bei 1800 Mk. Jahreseinkommen, also bei 150 Mk. Monatsverdienst, ein Arbeitgeber aber erst bei 250 000 Mk. Einkommen.

4 Proz. zahlt ein Arbeitnehmer bei 7000 Mk. Jahreseinkommen, ein Arbeitgeber aber erst bei einem Einkommen von über 1 Million.

Die Massen der Verbraucher müssen die neue Salzsteuer tragen, die zehnmal mehr bringen soll als die alte, die 1926 auf Betreiben der Sozialdemokratie aufgehoben worden ist. Das Salz, das heute 15 Pf. je Kilogramm kostet, wird künftig das doppelte kosten.

Die Massen der kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Kleinhändler müssen die verschärfte Umsatzsteuer aufbringen. Die Freigrenze von 5000 Mk. wird wieder aufgehoben, und jeder, der bisher steuerfrei war, muß von jetzt ab 2 Proz. von seinem gesamten Umsatz zahlen.

Und die Opfer der Besitzenden?

Sie sollen ganze 45 Millionen mehr Krisensteuer zahlen, aber gleichzeitig wird für die Großunternehmen die Sondervermögensteuer (Aufbringungsumlage) von 200 Millionen auf 100 Millionen ermäßigt.

900 Millionen neuer Sozialabbau, 600 Millionen neue Massensteuern, also 1 1/2 Milliarden neue Massenopfer: aber 50 Millionen Steuerermäßigungen für die Besitzenden.

Statt Freiheit Terror

Das Verbot der SA. am 13. April 1932 wurde folgendermaßen begründet:

„Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzuführen.“

Durch den Erlaß des SA.-Verbotes war in der deutschen Öffentlichkeit eine merkbare Entspannung eingetreten.

Am 14. Juni 1932 hat der Reichspräsident von Hindenburg das Verbot der SA. und SS. wieder aufgehoben, weil Hitler die Unterstützung des Kabinetts der Barone von der sofortigen Aufhebung des SA.-Verbotes abhängig machte.

Die Aufhebung des SA.-Verbotes steht im krassen Widerspruch zu den Erklärungen, die beim Erlaß des SA.-Verbotes abgegeben worden sind. Während nämlich noch in der Kundgebung der Regierung Brüning zur Verordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg über das Verbot der SA. der Satz stand:

„Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.“

hob jetzt der Reichspräsident mitten in einer Zeit der politischen Hochspannung das SA.-Verbot auf mit der Begründung:

„Ich habe die mir von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem

Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben.“

Diese Erwartungen sind nicht eingetroffen. Seit der Aufhebung des SA.-Verbotes sind nur Mord und blutige Gewalttaten an der Tagesordnung.

Darüber hinaus haben die politischen Zustände an die Nationalsozialisten zu den ernstesten innenpolitischen Konflikten mit den Landesregierungen geführt. Sie haben schließlich durchsetzen können, daß nicht alle Forderungen der Nazis erfüllt wurden, und daß auch künftig Uniform- und Demonstrationsverbote (örtlich und jeweilig begrenzt) erlassen werden können.

Trotzdem bleibt: *An die Stelle der Freiheit ist der Terror getreten, an die Stelle der Ordnung, die öffentliche Unordnung.*

Fort mit dem Wohlfahrtsstaat!

Die Subventionen an die Großindustrie

1. Die Tribute an die Schwerindustrie

150 Millionen Mark im Jahr beträgt die Eisensteuer, mit der die Schwerindustrie durch gewaltige Preisüberhöhung die Landwirtschaft belastet.

25 Millionen Sondersubventionen erhält der Bergbau durch die Befreiung von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.

Weitere Subventionen:

10 Millionen Zuschüsse seit 1925 für die Erzgruben.

40 Millionen Steuervergünstigungen im Jahr für die Benzolgewinnung der Ruhrkonzerne u. a. m.

Sondersubventionen an die einzelnen schwerindustriellen Konzerne:

Etwas 100 Millionen öffentliche Kredite und Garantien an Ballestrem, Pleß, Hohenlohe, Röchling, Mannesmann.

Für Verpflichtungen des Stahltrusts bzw. seines Beherrschers Flick mußte das Reich mit großen öffentlichen Aufwendungen einspringen.

2. Metallbergbau

Mansfeld, Mechnich (bisher 20 Millionen); jener für Giesche und Stolberger Zink 12 bis 15 Millionen zinslose Darlehen auf drei Jahre vorgesehen.

3. Großreedereien

90 Millionen Mark Kredite und Zuschüsse erhielten die Großreedereien (Hapag und Lloyd) anläßlich ihrer Sanierung, nachdem sie in den vergangenen Jahren bereits 18 Millionen Zuschüsse erhalten hatten.

4. Fahrzeugindustrie

Etwas 100 Millionen Mark an Sanierungsmitteln und Subventionen erhielt die Fahrzeugindustrie von der öffentlichen Hand (Werften, Waggon-, Automobil-, Traktoren- und Flugzeugfabriken).

Die Aufwendungen für die Bankensanierung

Etwas 400 Millionen verlorene Zuschüsse zur Verlustdeckung.

Etwas 500 Millionen Darlehen und Aktien-erwerb.

Das ist die Bilanz der kapitalistischen Wirtschaftsführung. Trotz dieser gewaltigen Opfer der Allgemeinheit ist dem Staat bei den von ihm sanierten Großunternehmen zumeist gar kein oder nur ein völlig unzulänglicher Einfluß eingeräumt worden.

Die Sozialdemokratie kämpft gegen dieses uferlose und kontrolllose Subventionssystem, gegen die Wohlfahrtsanstalt für unfähige Großunternehmer. Sie verlangt, daß überall dort, wo der Staat die Verluste tragen muß, er auch den maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaftsführung erhält. Die großkapitalistische Willkürherrschaft muß durch staatliche Wirtschaftskontrolle und Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeinbesitz gebrochen werden.

Sie lügen, wenn sie das bestreiten!

Die Empörung des Volkes gegen Papens Hunger-Notverordnung hat das böse Gewissen der Nazis geweckt, die diese Notverordnung toleriert haben. Jetzt wollen sie Entrüstung mimen.

Demgegenüber steht fest:

Die Nazi-Pressen hat zuerst die Notverordnung überhaupt totgeschwiegen.

Als das nicht gelang, hat sie eine rosarot gefärbte Darstellung ihres Inhalts gegeben.

Dabei hat sie sogar zur Rechtfertigung der brutalen Eingriffe geschrieben:

„Wir können uns vorstellen, daß eine Regierung, die von ihrer Vorgängerin ein Erbe übernimmt, das sich in wirtschaftlicher Hinsicht nur mehr als Konkursmasse bezeichnen läßt, unter Umständen gezwungen sein kann, dem Volke Opfer aufzuerlegen.“

(Angriff, Nr. 125, vom 16. 5. 32.)

Vor allem aber: Goebbels hat als Reichspropagandaleiter sogar jede Diskussion über das Kabinett Papen, seine Notverordnung, seinen Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat verboten. In einem Geheimbefehl sagt er:

„Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben.“

Im Württembergischen Landtag zogen die Nazis am 7. Juni einen zwei Wochen vorher eingebrachten Antrag zurück:

„bei der Reichsregierung und im Reichsrat sofort schärfsten Einspruch gegen die geplanten neuen Notverordnungen der Reichsregierung zu erheben.“

Begründung: Dieser Antrag sei nunmehr gegenstandslos.

Bei Brüning: schärfster Einspruch; bei Papen: vollste Deckung. Es gibt keine bessere Bestätigung für das Bündnis Hitlers mit den Baronen.

Bekennnis zum Wohlfahrtsstaat

Die Junkerregierung und ihr oberster Schirmherr Adolf Hitler wollen Schluß machen mit dem Wohlfahrtsstaat. Was aber bedeutet das?

Es bedeutet, daß alle sozialen Verbesserungen seit 1918 wieder rückgängig gemacht werden und die gesamte Sozialversicherung und öffentliche Fürsorge auf den Vorkriegsstand zurückgeschraubt werden.

Während sich vor dem Kriege der Staat überhaupt nicht um die Arbeitslosen kümmerte, hat das Nachkriegsdeutschland die Arbeitslosenunterstützung eingeführt.

Während vor dem Kriege der Arbeiter der wirtschaftlichen Obermacht des Unternehmers schutzlos ausgeliefert war, hat der Nechriegsstaat die Arbeiterschaft durch Ausbau des Tarifvertrags und des Schlichtungswesens vor schrankenloser Ausbeutung geschützt.

Während vor dem Kriege die Arbeitszeit vom Unternehmer diktiert wurde, ist nach dem Kriege der gesetzliche Achtstundentag eingeführt worden.

Während vor dem Kriege die durchschnittliche Invalidenrente 15,60 Mk. monatlich betrug, belief sie sich bis zur Papen-Notverordnung auf 35 Mk.

Während vor dem Kriege der größte Teil der Arbeitnehmer nicht in der Unfallversicherung war, wurde nach dem Kriege die Unfallversicherung auf die meisten Berufszweige ausgedehnt.

Während es vor dem Kriege überhaupt keine Mutterschaftshilfe gab, ist nach dem Kriege eine umfassende Betreuung der Wöchnerinnen und jungen Mütter geschaffen worden.

Während sich vor dem Kriege nur die Wohlhabenden Badekuren leisten konnten, ist es nach dem Kriege durch den Ausbau des Heilverfahrens in der Sozialversicherung auch den Armen ermöglicht worden, in den Bädern Heilung zu finden.

Das ist das bescheidene Stück Wohlfahrtsstaat, das sich die Massen nach dem Kriege unter Führung der Sozialdemokratie in jahrelangen Ringen und unter Einsatz großer Opfer erkämpft haben.

Was die soziale Reaktion von diesen Errungenschaften bisher noch übriggelassen hat, wollen die Nazis mit Stumpf und Stil ausrotten.

Die Nazis wollen keinen Wohlfahrtsstaat, sondern einen Züchtungsstaat.

Die Nazis wollen keinen Schutz der Arbeitenden vor Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit, sondern die Lohn- und Gehälteempfänger sollen wieder schutz- und rechtlose Arbeitsklaven werden.

WÄHLE SOZIALDEMOKRATEN, LISTE 1

Berichtigung

In Nr. 28 der „Gr. Pr.“ ist ein böser Druckfehler unterlaufen. Auf Seite 3 in der dritten Spalte muß es unter der Rubrik: „So sprechen die Nazis“ richtig heißen: Eine allgemeine Wegsteuerung aller Einkommen über 12000 Mk. kann die NSDAP. niemals gutheißen.

Katastrophale Handelspolitik der Papen-Regierung

Nachdem bereits der unglückselige Butterzoll Deutschland in ein schlechtes Verhältnis zu seinen wichtigsten Abnehmerländern, zu Holland und Dänemark, brachte, da er geradezu wie eine Herausforderung jener Länder wirkte, deren Buttereinfuhr wegen ihrer Kontingentierung — 5000 t für jedes Land zum Zollsatz von 50 Mk. — zugunsten anderer Länder künstlich eingeschränkt wurde, sind jetzt andere handelspolitischen Einschränkungen durchgeführt oder angekündigt, die angeblich zum Schutze der Landwirtschaft, den handelspolitischen Porzellanladen völlig zu zerretzen drohen. Das durch den Butterzoll bereits stark benachteiligte Holland, Deutschlands bisher bester Kunde, außerdem Belgien und Italien, wurden jetzt durch die Kartoffelzölle, die kürzlich verdoppelt wurden und durch die Begrenzung der Frühkartoffeleinfuhr auf 70 Proz. des Vorjahrsimports, vergrößert. Italiens Haltung ist bereits wegen des innerdeutschen Kampfes gegen die Einfuhr von Südfrüchten und der deutschen Devisenvorschriften gegenüber Deutschland stets weniger freundschaftlich. Die Papen-Regierung hat jetzt die Zollbelastung für Schmalz von 6 auf 10, für Speck von 14 auf 20 Mk. erhöht. Dabei soll es jedoch nicht bleiben. Es besteht die Absicht, die Zölle für Speck und Schmalz und eine Anzahl anderer landwirtschaftlicher Produkte, vor allem für Holz, noch zu erhöhen. Da diese Zölle im deutsch-schwedischen Handelsvertrag gebunden waren, hat die Papen-Regierung den Handelsvertrag mit Schweden zum Anfang des nächsten Jahres gekündigt. Die schwedische Industrie droht bereits mit Gegenmaßnahmen und es besteht die Gefahr, daß dieser für die deutsche Industrie überaus wichtige Absatzmarkt zugunsten Englands verloren geht. Selbst aber im Falle, daß mit Schweden ein neuer Handelsvertrag zustandekommt, der diesem für die Erhöhung der Agrarzölle Gegenleistungen auf anderen Gebieten, z. B. bei der Eisenerzausfuhr bietet, würde die Aufhebung der Zollbindungen, die in der Absicht erfolgt, diese Zölle zu erhöhen, die andern Länder, die an der Agrarausfuhr ein großes Interesse haben, zu Gegenmaßnahmen herausfordern. England und die Vereinigten Staaten stehen zur Zeit an einem Wendepunkt ihrer Handelspolitik. Die Regierungen in beiden Ländern beschäftigen sich mit dem Gedanken, an der Stelle von Meistbegünstigungsverträgen Kontingentverträge abzuschließen, die die Einfuhr jeweils nur einer bestimmten vertraglich festgesetzten Menge gestatten. Ein solches für den internationalen Wirtschaftsverkehr schädliches Kontingentsystem möchte auch die Papen-Regierung einführen, hauptsächlich um die Landwirtschaft noch weiter subventionieren zu können. Die Kündigung des Schwedenvertrages soll diese Änderung der Handelspolitik vorbereiten. Somit wird Deutschland, das die Aufgabe hätte, durch eine vorbildliche Handelspolitik England und die Vereinigten Staaten von dem abschüssigen Weg der Kontingentierungen fernzuhalten, diese in die Änderung ihrer Handelspolitik noch hineintreiben.

Was den Verbrauchern, den Arbeitslosen, Kurzarbeitern und den bel stark herabgesetzten Löhnen beschäftigten Arbeitnehmern die Verteuerung von Butter, Schmalz, Speck und Kartoffeln bedeutet, wozu noch der frevelhafte Plan der Einführung einer Margarinsteuern zur Hebung des Butterverbrauchs (!!) hinzukommt, braucht weiter nicht geschildert zu werden. Die Regierung begründet die Zollerhöhungen und die landwirtschaftlichen Subventionen mit den Veränderungen „der Verhältnisse“ in der Landwirtschaft seit Inkrafttreten der alten Zölle. Daß auch die Verhältnisse der Verbraucher, unter welchen die Kurzarbeiter und die Erwerbslosen mit ihren Familien heute nicht weniger als die Hälfte der städtischen Verbraucher ausmachen, sich geändert haben, geht der Regierung der Großgrundbesitzer offenbar nichts an. Die sozialpolitisch rechts-

stehende Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ schreibt über diese Agrarsubvention und Zollpläne: „Man muß einmal die Frage stellen, wer die auf Grund der Agrarsubventionen stetig wachsende Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbrauchen soll, wenn durch export- und industriefeindliche Maßnahmen die Kaufkraft der von der Industrie abhängigen Bevölkerung immer mehr an den Nullpunkt herangerückt wird.“ Und zur Margarinesteuer: „Man möge rechtzeitig überlegen, welche politischen Folgen von einer Hungersnot ausgehen können, die noch dadurch gesteigert wird, daß man den Massen die Möglichkeit zu ausreichender Fettversorgung sperrt.“

Die Wirkungen der Kaufkraftminderung

Ein deutliches Spiegelbild über die Kaufkraft eines Volkes vermittelt der Umsatz des Einzelhandels. Bis vor einigen Monaten hatten sich die Mengenumsätze im deutschen Einzelhandel trotz Rückgänge dem Umsatzwerte ziemlich konstant gehalten. Dies lag daran, daß der Rückgang des Einkommens durch die eingetretenen Preissenkungen und den Übergang der Konsumenten zu geringeren Qualitäten ausgeglichen wurde. Die Umsätze in Waren mittlerer und niedrigerer Qualität sind dadurch gestützt worden, daß von oben her Käuferschichten nachströmten. Dies hielt sich aber, so stellt das Konjunkturinstitut fest, in engeren Grenzen, als die Unterstützung der Arbeitslosen noch nicht so stark gekürzt war wie dies jetzt der Fall ist und solange die sonstigen Mittel der Arbeitslosen, ihre Spargelder usw., noch nicht so sehr erschöpft waren wie jetzt. Und weiter heißt es in dem Wochenbericht Nr. 14: „Infolge der starken Kürzung der Unterstützungen aller Art, zusammen mit dem allmählichen Verzehr der Reserven, müssen die davon betroffenen Bevölkerungskreise ihre Ausgaben empfindlich einschränken. Verschärft wird diese Bewegung noch dadurch, daß auch die noch im Produktionsprozeß tätigen Bevölkerungskreise mehr als bisher zur Einschränkung ihres Lebensunterhalts gezwungen sind. Nicht allein ihre Einkommen sind gesunken, auch die Möglichkeiten, den Einkommensausfall bei der Bedarfsdeckung auszugleichen, haben sich vermindert: In den letzten Monaten ist der Rückgang der Einzelhandelspreise beträchtlich langsamer geworden, bzw. ganz zum Stillstand gekommen. Ferner zeigt sich, daß die Möglichkeiten, das Qualitätsniveau zu verändern, nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher gegeben sind. Aus alledem folgend das Konjunkturinstitut, daß der Rückgang der Umsätze im Einzelhandel sich bald in dem Beschäftigungsgrad der Verbrauchsgüterindustrien bemerkbar macht. Der verhängnisvolle Kreislauf ist also wieder geschlossen: Die rücksichtslose Vernichtung von Kaufkraft führt zu Störungen in Handel und Industrie und die Arbeitslosigkeit wird vergrößert.“ Soweit hat es die Regierung der „nationalen aufbauenden Kräfte“ gebracht.

Der Mann des Volkes hungert — nach Aufklärung

Großkapitalistische Presseorgane werden in letzter Zeit mehr denn je benutzt, um den Haß gegen die Gewerkschaften zu betonen. Die „Bergwerks-Zeitung“ z. B. ist der reine Abladeplatz für derartige Zuschriften. So befindet sich in Nr. 15 dieses Blattes die Zuschrift eines ehemaligen Industriejuristen, die an Gemeinheit kaum zu überbieten ist. Die Gewerkschaften werden hier von diesem Schmutzfinken in der gemeinsten Weise angegriffen. Darauf einzugehen lohnt sich kaum. Der Schreiber behauptet, daß die Arbeitslosen nur auf eine starke und sachkundige Führung warten, damit sie für Vorkriegsgehälter 10 Stunden am Tage arbeiten können. Es wäre notwendig, diese Leute aufzuklären. Der Mann des Volkes hungere förmlich nach einer richtigen Aufklärung. Deshalb empfiehlt der Artikel-schreiber der „Bergwerks-Zeitung“ ihre volkswirtschaftlichen Artikel der letzten Jahre zusammenzustellen und sie täglich für einige Pfennige als Extrablatt herauszugeben. „Es muß unbedingt etwas geschehen zur Aufklärung der Millionen von Arbeitslosen und zur Unterstützung einer sonst sicher versinkenden Industrie.“ Das letztere ist wohl der Vater des Gedankens. Die Arbeitslosen würden für die Artikel der „Bergwerks-Zei-

lung“ nicht einen Pfennig ausgeben, sie vielmehr sofort zerknüllt wegwerfen. Die Arbeitslosen hungern nicht nach Aufklärung, sondern nach Brot und Arbeit. Die gegenwärtig herrschende Wirtschaft hat sich durch ihre Unfähigkeit in eine Krise hineinmanövrieren lassen, die ungeheures Elend gebracht hat. Die Arbeitslosen sind über den Grundcharakter dieser Krise besser aufgeklärt als der Schmutzian, der sich in der „Bergwerks-Zeitung“ austobt.

Sie glauben selbst nicht an ihr Werk!

Freunde der kapitalistischen Wirtschaft werden nicht müde auf die Widersprüche innerhalb derselben hinzuweisen. In der „Voss. Ztg.“ Nr. 311 befindet sich ein Artikel „Wohin geht die Wirtschaft?“ Dort wird die Kundgebung des Reichsverbandes der Industrie kritisch betrachtet und dabei folgendes ausgeführt:

„Längst vor der Geburt des ‚Staatssozialismus‘ hatte sich die Tendenz zur monopolistischen Beherrschung des Marktes mit allen ihren Folgen zur Veränderung der Unternehmerfunktion, der ganze Strukturwandel durchgesetzt, dessen Wirkungen erst die Krise enthüllte. Das ist doch der tiefere Sinn dieses Wettlaufs um Subventionen, dieser endlosen Bittprozedur zu der Kasse der ‚Wohlfahrtsanstalt‘, daß viele Kapitalisten getreu ihrem beherrschenden Bemühen um die risikolose Wirtschaft, in der Krise erst recht den Versuch machten, den Konsequenzen des eigenen Handelns zu entinnen, und das Obligo, das auf sie fiel, auf andere Schultern abzuwälzen. Krise bedeutet Entwertung der Anlagen, bedeutet Kapitalverlust, bedeutet also Eingeständnis von Irrtümern, falscher Einschätzung der Ertragsmöglichkeiten. Der Versuch, sich diesem kapitalistischen ‚Gesetz‘ zu entziehen, könnte nicht anders als die Aufgabe des Kapitalismus durch die Kapitalisten selbst verstanden werden. Und so empfinden es auch weite Kreise. Zu der Kritik, die das herrschende ‚System‘ für die ganze Misere der Zeit verantwortlich macht, zu der berechtigten Empörung darüber, daß die Steuerzahler nun für die Irrtümer der andern büßen müssen, kommt das Gefühl, daß es schlecht um eine Sache stehen muß, die von den eigenen Leuten aufgegeben wird.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Selbst der Ruhrbergbau gegen Autarkie

Zwischen der westdeutschen Großindustrie und der Großlandwirtschaft bestehen seit Jahrzehnten enge Beziehungen. Doch die Bestrebungen zur Schaffung eines autarkischen deutschen Wirtschaftsgebiets scheinen selbst den Schwerindustriellen wider den Strich zu gehen. Die Mitgliederversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlen-syndikats wandte sich gegen den neuen handelspolitischen Kurs folgendermaßen: „Wir sehen durch diese Entwicklung die Lebensfähigkeit des Ruhrbergbaues immer weiter untergraben und müssen unsern schärfsten Widerspruch dagegen erheben, daß durch eine einseitige binnenmarkt-orientierte Politik eine weitere Schädigung der Interessen erfolgt, die doch einen gewaltigen Teil der deutschen Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt bilden. Die deutsche Kohlenausfuhr hatte selbst 1931 noch einen Wert von mehr als 500 Millionen Mark und beschäftigte mehr als 100.000 Arbeiter. Dazu kam noch die mittelbare Kohlenausfuhr mit schätzungsweise 250 Mill. Mk. Wert und 50.000 Arbeitern. Die Bedeutung dieser Ziffern für den Deviseneingang liegt auf der Hand; eine Politik, die diese Interessen nicht beachtet, muß aus Gründen der deutschen Gesamtwirtschaft auf das Entschiedenste abgelehnt werden.“

Wir befürchten, daß selbst dieser eindringliche Appell bei den neuen Regierungsmännern fruchtlos verhallt. Dabei darf man nicht außer acht lassen, daß auch die Nazis die Autarkie wollen.

Inhaltsübersicht

Aufruf des ADGB. / Für gerechte Lastenverteilung / Ein ernstes Mahnwort von den Reichstagswahlen / Erkenne deine Macht / Berichtigung / Katastrophale Handelspolitik der Papen-Regierung / Die Wirkungen der Kaufkraftminderung / Der Mann des Volkes hungert nach Aufklärung / Sie glauben selbst nicht an ihr Werk / Selbst der Ruhrbergbau gegen Autarkie / Anzeigen.

Zinkdruckplatten in la Lithographie-Qualität

la Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

KARL MESS G. M. B. H., BERLIN SO 36, Wienar Straße Nr. 50, Tel. F. 8, Oberbaum 2299.

Viele Kollegen

an Stein- und Offsetpressen erleichtern sich die Arbeit durch Verwendung von

UNGERS „Antifrotten“

Kein Eintrocknen der Farbe über Nacht, keine Nachteile.

Paul Unger, Zwickau Sa. Schillersch Nr. 133. (Früher Offsetinstruktur.)



Farbenlehre für das Steindruckgewerbe

Eine berufskundliche Grundlage für Schule und Praxis. Verlag: Verband der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe. Preis 3.00 RM., einschließlich Porto. Durch

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.